



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

# KURZ-KNAPP-KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 1-3/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in den Kalenderwochen 1-3 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

*Michael Kaufmann*  
Ihr Michael Kaufmann

# Wir feiern: Drei Jahre Bürgerbüro Saalfeld!



**BRUDERGASSE 6**  
**17 UHR - 20 UHR**

Um Anmeldung wird gebeten:  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
[michael.kaufmann.wk@bundestag.de](mailto:michael.kaufmann.wk@bundestag.de)



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB  
[WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE](http://WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE)



### Wir feiern: Drei Jahre AfD-Bürgerbüro in Saalfeld.

Der Einsatz der AfD für Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaat hat einen Ort in Saalfeld. Das vor drei Jahren eröffnete Bürgerbüro in der Brudergasse 6 dient den Bürgern der Saalekreise als Anlaufpunkt zum Kontakt mit ihrem gewählten Vertreter des Wahlkreises 195. Gleichzeitig dient das Abgeordnetenbüro auch zur Vernetzung der Kommunal-, Landes-, und Bundespolitik. Sie sind herzlich eingeladen, mit uns zu feiern: Dafür bitte ich Sie um vorherige Anmeldung unter der unten angegebenen Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Ihr MdB Prof. Michael Kaufmann





19. Januar 22

## **Kriegstreiber stoppen - Friedensverhandlungen führen!**

Kriegstreiber stoppen und Friedensverhandlungen führen!

Die CDU/CSU fordern in einem Antrag im Bundestag die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine (Drucksache 20/5219). Damit stellt sich die Merz-Truppe an die Seite der Grünen, die sich in der Ampel als Kriegspartei zu erkennen gegeben haben. Erst Helme, dann Munition, dann leichte Waffen, dann Geschütze, dann leichte Panzer, jetzt schwere Panzer.

Jeder dieser Schritte hat den Krieg verstärkt und weiter von einer Friedenslösung weg geführt.

Was kommt als Nächstes? Sehen Sie sich mein Video dazu unter folgendem Link an: [https://www.facebook.com/](https://www.facebook.com/watch/?v=749814072790215)

[watch/?v=749814072790215](https://www.facebook.com/watch/?v=749814072790215)

## **PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE**

Mittwoch

### **Befragung der Bundesregierung mit Ministerin Svenja Schulze, Ministerium für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung**

- In ihrer Vorrede machte Ministerin Svenja Schulze auf die globalen Krisen aufmerksam: Klimakrise, Ukraine Krise und Covid Krise. Laut Schulze beeinflussten genannte Krisen die Sicherheit in Deutschland enorm, weshalb sie ankündigte, sog. „Soziale Sicherungssysteme“ mit tatkräftiger Unterstützung Deutschlands, beispielsweise für den globalen Süden, aufzubauen. Menschen in der Ukraine werde so aktuell über das BNZ-Sofortprogramm geholfen, usw.
- Die Argumentation ist das altbekannte Narrativ: Deutschland sei ständig in Gefahr, könne aber in einer Art Ablasshandel den Schaden von sich abwehren.
- Frage des CDU-Abgeordneten Stefinger: Wo wolle Frau Schulze im Haushalt 2024 den Rotstift in ihrem Ressort anlegen?
- Schulze: „Die Krisen in der Welt haben zugenommen...bin zuversichtlich, dass wir auch für meinen Einzelplan wieder gute Lösungen hinbekommen...“ Man könnte ihre Antwort folgendermaßen übersetzen: Da Krisen nie ausgehen, wird auch mein Ressort sicherlich niemals kleiner werden.
- Wissenswert: Im Jahr 2020 betrug die gesamte deutsche Entwicklungshilfe rund 25 Mrd. €
- Die Zwischenfrage von Prof. Michael Kaufmann, AfD, an die Ministerin bzgl. der Gegenfinanzierung eines spontanen Stipendienprogramms für 5000 afghanische Frauen über 7 Mio. € beantwortete sie nicht sachlich-fachlich, sondern lediglich mit der Hervorhebung der notwendigen humanitären Hilfe.

- Der AfD-Abgeordnete Dietmar Friedhoff legte erneut den Finger in die Wunde: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN wurden auch von afrikanischen Staaten mitgezeichnet, mit der Maßgabe, eigene Strategien zu entwickeln. Bislang sei hier aber noch nichts geschehen und Friedhoff resümierte, dass es sich wieder einmal um ein Überstülpen von Ideologie handle, welche zu afrikanischen Staaten nicht passe.
- Stephan Brandner, AfD ging auf die immer noch laufenden Entwicklungshilfeszahlungen an China ein. Um nur eine Position hiervon zu nennen: Eine Unterstützung von 1,8 Mio. € für die Entwicklung von Mülltrennung in China.
- Ministerin Schulze stritt gegen besseres Wissen ab, dass überhaupt Zahlungen an China fließen würden und sprach stattdessen von marktkonformen Krediten der KfW.

#### **Fragestunde mit der Parl. Staatssekretärin des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese**

- Der Grundtenor blieb der gleiche: Während es zuvor um deutsche Finanzhilfen im Ausland ging, waren nun Finanzhilfen im Inland an der Reihe.
- Man darf sich fragen: Wann enden die impliziten oder expliziten Zahlungsverpflichtungen der deutschen Steuerzahler gegenüber Institutionen, Ländern oder Menschen, denen wir eigentlich nichts schulden?
- Stephan Brandner, AfD war der erste Fragesteller und Kerstin Griese führte aus: Menschen aus der Ukraine erhalten sofortigen Zugang zu den Angeboten der Jobcenter, was bedeutet, dass sie auch sofort alle Leistungen der Jobcenter erhalten. Und sie erklärte: In der Grundsicherung, heute Bürgergeld genannt, befänden sich bereits ca. 500.000 Ukrainer.
- Stephan Brandner an anderer Stelle: 11 Millionen Menschen sind seit 2015 in unser Land gekommen und es wurde staatlicherseits ja immer signalisiert, dass hier eine Menge Fachkräfte zu uns kommen würden. Wieviele Millionen müssen noch kommen, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu beenden? Diese Frage wurde genauso wenig beantwortet, wie die Frage von:
- Prof. Michael Kaufmann, AfD: Wie viele Personen aus dem Kreis der seit 2015 nach Deutschland Zugewanderten (ohne Flüchtlinge aus der Ukraine) konnten nach Kenntnis der Bundesregierung seit ihrer Einreise eine in ihrem Heimatland abgeschlossene Berufsausbildung und wie viele ein abgeschlossenes Studium nachweisen?
- Die bezeichnende Antwort lautete: Der Bundesregierung liegen im Sinne der Fragestellung keine belastbaren Erkenntnisse vor. Umfassende Angaben im Sinne der Fragestellung werden zentral nicht erfasst.

#### **Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU/CSU, Thema: Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte in der Silvesternacht**

- Hier waren sich Linke, Grüne und SPD wieder einig: Bei den Ausschreitungen handelte es sich um verrohte Jugendgewalt und die Taten seien zu beurteilen, nicht die Vornamen der Täter. Stimmungsmache gegen Migranten vergifte die gesellschaftliche Stimmung im Land und wäre Nährboden für rassistische Übergriffe, so die Linke.

#### **„Bildung im Jahr 2022“ ist der Inhalt des Nationalen Bildungsberichts und Gegenstand der folgenden Debatte**

- Dr. Götz Frömming, AfD: Derer Berichte gäbe es dutzende, „jedoch allein vom Wiegen wird die Sau nicht fetter“. Die Defizite würden immer größer, was auch erkannt werde, aber es fehle das Handeln. Es gäbe Sanierungsstau an den Schulen von ca. 40 Mrd., ca. 40.000 Lehrer fehlten, auch aufgrund von mind. 200.000 mehr Schülern allein aus der Ukraine. Die Gewalt gegen Lehrer steige unaufhaltsam an. „Es braucht eine Rückkehr zu Werten, weg von Gendern und ein Ende der Zuwanderung aus bildungsfernen Schichten“, so Götz Frömming.

#### **Antrag der CDU/CSU (20/5215), Thema: Steigerung des Selbstversorgungsgrades in der deutschen Landwirtschaft**

- Ein auf den ersten Blick bestechender Antrag, handelte es sich doch hauptsächlich um lupenreine AfD-Forderungen aus den letzten Monaten. Der Antrag liegt tatsächlich im Interesse des deutschen Berufsstandes, und wird mit großer Sicherheit aus dieser Richtung kritisch verfolgt werden.
- Das ebenfalls für diese Woche angesetzte Thema Freihandelsabkommen Mercosur wurde von der TO des Bundestags abgesetzt, womöglich um die eigene Klientel nicht doch noch zu vergraulen.
- Ganz am Rande drängt der Antrag auch auf Angleichung der deutschen Agrarwirtschaft an globale Konzerninteressen, denn er fordert auf eine zeitnahe Novellierung des europäischen Gentechnikrechtes hinzuwirken und in diesem Rahmen einen innovationsfreundlichen europäischen Rechtsrahmen für neue Züchtungsmethoden zu schaffen.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft überwiesen.

## Donnerstag

#### **Sitzungsbeginn: Vereidigung des neuen Verteidigungsministers, Nachfolger von Christine Lambrecht: Boris Pistorius, SPD**

- Der neue Minister schloss seinen Eid ohne das traditionelle Bekenntnis: „So wahr mir Gott helfe“



### **Forderung der Union: Dr.-Nr. 20/5219: Mehr schwere Waffen für die Ukraine**

- Dies ist die nächste Eskalationsstufe der Merz'schen Kriegstreiberei, die wir bereits in den vergangenen Monaten im Plenum erleben mussten. Zuerst lieferte Deutschland Helme und Ausrüstung, dann gab es den sog. Ringtausch, und nun sollen die 100 Mrd. „Sondervermögen“ (ein Etikettenschwindel in sich) genutzt werden, um schwere Waffen direkt ins Auge des Hurrikans zu liefern.
- Petr Bystron, AfD, entlarvte die transatlantischen Hintergründe des CDU-Antrags, der die Forderungen der NATO und der US-Botschaft erfülle. Ironisch fügte er hinzu: „Na, Herr Merz, bei Blackrock knallen jetzt wohl die Sektkorken?“
- Es folgte Überweisung in den Verteidigungsausschuss.

### **Gemeinsamer Antrag: Koalition & CDU: Nr. 20/5229 „Anerkennung der Verbrechen des IS an den Jesiden im Irak“**

- Der Antrag fand allgemeines Zustimmung.
- Martinichert, AfD, erinnerte daran, dass die AfD bereits vor Monaten die identische Forderung ins Plenum gebracht hatte. Damals wollte man davon nichts wissen...Die nun als Völkermörder anerkannten Kriegsverbrecher sind hingegen während der letzten Jahre ungehindert zu uns ins Land geströmt. Schöne Worte und Versagen der Bundesregierungen auf der ganzen Linie!

### **Aufstellung der AfD-Kandidaten zu den per GO allen Fraktionen zustehenden und enorm wichtigen Ämtern des Vizepräsidenten und des Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums**

- Wieder einmal verweigerte der Block aus Koalition und Opposition der AfD die demokratische Teilhabe.

### **Grundsatzbeschluss der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 in Form der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)**

- Der Grundsatzbeschluss wurde nach Debatte den Ausschüssen zugeleitet.
- Dr. Rainer Kraft, AfD, fand für die Nachhaltigkeitsstrategie den passenden Begriff: Planwirtschaft im Dienste des Klimasozialismus.

### **Das nächste Thema im Plenum: Die erschreckenden Vorgänge im Land des extremen schiitischen Mullahregimes (Iran)**

- Die CDU forderte erneut ein umfassendes Sanktionspaket (Dr.-Nr. 20/5214), und mittlerweile wissen wir in Deutschland, dass man mit Sanktionen nur die eigene Wirtschaft schädigt.
- Schon in KW 50/22 hatte die CDU mit Antrag 20/3930 harte Sanktionen gefordert, welcher jedoch im Ausschuss abgelehnt worden war und somit im Plenum ein „Rohrkrepierer“ war.
- Der neue Antrag schaffte es nach der Debatte in den Auswärtigen Ausschuss zur Beratung.

### **Antrag 20/4886 der CDU, Thema: Das Syndrom „Chronische Müdigkeit“, also ME/CFS**

- Obwohl bereits im Jahr 1969 von der WHO als neurologische Krankheit anerkannt, hat sich in der Forschung und Behandlung seither wenig getan, denn es gibt keine eindeutigen Biomarker, die mittels Testverfahren eine Diagnose bestätigen könnten. Auslöser sind zu 80% virale Infektionen, die der Körper entweder auf Dauer nicht in den Griff bekommt, oder die zeitlich versetzt erneut entflammen können. Naturheilkundlich Erfahrene würden sich hier an das Zitat von Antoine Bechamp erinnern, französischer Arzt und Chemiker: die Mikrobe ist nichts, das Milieu ist alles. Mit anderen Worten: egal ob man das Pfeiffersche Drüsenfieber bekommt, oder Corona, oder die Grippe, wenn die Abwehrkräfte stark genug sind, können Angriffe auf das Immunsystem z.B. durch erneute oder wiederholte Reaktivierung von schlummernden Viren abgewehrt werden. Es kann daher sicherlich niemals eine einzige Pille zur Heilung geben.
- Der CDU-Antrag beinhaltet eine lange Liste an Forderungen nach entsprechenden Finanzmitteln, die eine gesamte Industrie rund um ME/CFS aktivieren könnten.
- Es erfolgte Überweisung an den Gesundheitsausschuss.

### **AfD-Antrag Nr. 20/466: „Ungerechtfertigte Steuervorteile für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten abschaffen“**

- Der Antrag sah vor, den steuerlichen Wettbewerbsvorteil der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender gegenüber den Privat Anbietern, wenn nicht aufzuheben, so doch zu reduzieren. Schon der Bundesrechnungshof hatte moniert, dass Private alle Erträge versteuern müssen und es bei den ÖR nur eine sog. Pauschalierungsregelung gibt, bei welcher nur 16% der Werbeeinnahmen der Körperschaftsteuer unterliegen. Eine Anhebung der Pauschale um 2,5% wäre notwendig.
- Der Antrag wurde direkt abgelehnt.



## **Antrag der LINKEN 20/2336: Sog. Stellungnahme zu einer geplanten EU-Verordnung zum Thema Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern**

- Der Bundestag kann in EU-Beratungen gem. Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes an der EU-Gesetzgebung mitwirken, indem mittels Mehrheit im Bundestag Änderungswünsche verabschiedet werden, welche für die Verhandlungen mit der Kommission für die Bundesregierung zu berücksichtigen sind.
- Prinzipiell waren sich hier AfD und Linke einig, denn von beiden wurde das von „big brother“ beabsichtigte anlasslose Scannen von Telefonleitungen und Rechnern fast wie eine digitale Hausdurchsuchung beurteilt. Die EU-VO könne für eine digitale Ausforschung der EU-Bürger genutzt werden. Trotzdem gingen die Forderungen des Linken-Antrags der AfD nicht weit genug.
- Somit scheiterte der Antrag am Votum von allen anderen Fraktionen.

## Freitag

### **Diskussion des Bundestags über die geplante Fachkräftestrategie der Bundesregierung, über die der Bundestag mittels Unterrichtung (20/3990) informiert wurde.**

- Trotz nun mittlerweile einer Rekordzahl von 45 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland, fehlen die Fachkräfte nicht nur, die Anzahl scheint sogar immer weiter zu sinken Denn während uns die Zuwanderung von Ausländern zwischen 2012 und 2021 rund 13 Mio. neue Menschen beschert hat, sinkt das Bildungsniveau quasi spiegelverkehrt rapide ab:
- Schulleistungsstudien wie PISA oder die IQB-Studie vom Okt. 2022 (z.B. erreichen in Mathematik nur 54% der 4.-Klässler das Mindestniveau, beim Lesen sind es ca. 57%), sie alle bescheinigen Deutschland ein massives Absinken im internationalen Vergleich.
- Im Sinne der unausgesprochenen Devise der aktiven und vorherigen Bundesregierungen, wo langfristig Flüchtling = Einwanderer bedeutet, verwundert das wenig.
- Und entgegen dem jedermann bekannten Mantra dieser Regierungen: „Es kommen größtenteils Fachkräfte zu uns“, ist das Gegenteil der Fall, wie die Antwort auf die mündliche Frage des Abg. Michael Kaufmann am Mittwoch in der Fragestunde untermauerte.
- Da man in der Regierung nun tatsächlich zu erkennen scheint, dass der Dachstuhl brennt, betonte Minister Hubertus Heil auch, dass man sich vor allem auf das inländische und vorhandene Potenzial konzentrieren wolle, das es (wo auch immer) zu heben gelte.

### **Aktuellen Stunde auf Antrag der AfD: Gewaltsame Proteste gegen den Abriss des Dorfes Lützerath für den Braunkohlebergbau.**

- Karsten Hilde, AfD warf den Grünen Heuchelei vor, im Bundestag für den Abriss der letzten Häuser gestimmt zu haben und dann zu den Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen gefahren zu sein

## VERMISCHTES



19. Januar 22

### **EU-Beschluss: Hausgrillen als Lebensmittel zugelassen**

Die EU hat beschlossen : Jetzt werden Hausgrillen (Heimchen) als neuartiges Lebensmittel zugelassen .

Ab dem 24.01.2023 können Sie diese als Beimischung in verschiedenen Produkten finden: Mehrkornbrot, Getreideriegel, Vormischungen für Backwaren, Teigwaren, Soßen, Molkenpulver, Schokoladenerzeugnisse, Snacks, Bierähnliche Getränke, Suppen, Fleischanalogue, ect.

Schauen Sie bei Ihrem nächsten Einkauf genauer auf die Zutatenliste oder vertrauen Sie dem regionalen Handwerksbetrieb, der sich auf Ihren Einkauf freut.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32023R0005>

# WAHLKREIS



Vielen Dank für die Einladung des AfD-Gebietsverbands Saalfeld-Rudolstadt zum Bürgerabend mit Silvia Limmer, MdEP.



# KOMMENDE TERMINE:

**Wir feiern: Drei Jahre  
Bürgerbüro Saalfeld!**

**FEBRUAR  
02** BRUDERGASSE 6  
17 UHR - 20 UHR

Um Anmeldung wird gebeten:  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB  
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



**BÜRGERDIALOG VOR ORT**

MIT: Christine Anderson, MdEP  
& Prof. Michael Kaufmann, MdB



**FEBRUAR  
3** 07381 PÖBNECK  
BILKESAL - KLOSTERPL. 1  
BEGINN: 18<sup>30</sup> UHR



## Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



**KAHLA**  
Rudolf-Breitscheidstr. 4  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Di.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

**NEUSTADT / ORLA**  
Puschkinplatz 6  
Tel.: 036481 84 69 64  
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

**SAALFELD**  
Brudergasse 6  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.  
**Michael Kaufmann**, MdB  
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



 [www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)  
 [Michael.Kaufmann@bundestag.de](mailto:Michael.Kaufmann@bundestag.de)

 @AfDKaufmann  
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD  
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

